Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Gr. von auswärts 12 Gr., Reklamezeile 40 Groschen. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 141 | Freitag, den 25. November 1927 | 76. Jahrgang

Wichtige Beratungen in Wilna

Pilsudski und Patek über den litauischen Protest — Vorbereitungen für Genf — Persönliche Teilnahme Pilsudskis am Völkerbundsrat — Die Auswirkung der russischen Polenhetze

Ein Schritt vorwärts

Wie dürftig auch das Augenblickswerk ist, welches zwischen Deutschland und Polen bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen am Mittwoch unterzeichnet worden ist, man muß es als einen Vorvertrag begrüßen, der hoffentlich durch diplomatische Verhandlungen bald einem Handelsvertrag Platz machen wird. Die Situation, welche beide Staatsmänner vorfanden, als sie an die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen herantraten, war nicht besonders günstig und es ist durchaus möglich, daß sich bei den Weiterverhandlungen noch mancherlei Schwierigkeiten ergeben werden, die aber zu überwinden sind, wenn der beiderseitige gute Wille, wie beim Vorvertrag herrschen wird. Es ist ein Verdienst Stresemanns, daß er die Widerstände im deutschen Kabinett überwunden hat, daß es zur mündlichen Aussprache zwischen ihm und den polnischen Sonderdelegierten kam, die schließlich das Provisorium zeitigten, wenn von einem solchen überhaupt gesprochen werden kann. Was den früheren Leitern der deutsch-polnischen Verhandlungen, Lewald und Prondzinski, nicht gelingen wollte, weil hinter den Kulissen zu viel Druck auf die Verhandlungsführer ausgeübt worden ist, wurde nach kurzer mündlichen Aussprache überwunden, der Vorvertrag ist abgeschlossen. Aber zu einem großen Optimismus reizt er nicht.

Polnischerseits wird zugegeben, daß der rasche Abschluß nur möglich war, weil deutscherseits Konzessionen gemacht worden sind und nun erwartet man in Berlin, daß man auch in Warschau etwas großzügiger werden wird. Hier verlangt Deutschland in erster Linie die Aufgabe der sogenannten Kampfzölle oder Goldzölle, wie sie letzthin benannt worden sind, die am 1. Dezember in Kraft treten und sich gegen alle die Staaten wenden, die mit Polen keinen Handelsvertrag getätigt haben. Diese sogenannten Maximalzölle waren als Kampfmaßnahme gegen das Reich gedacht, werden wohl jetzt aber ihre Wirksamkeit verlieren. Hingegen hat sich Polen bereit erklärt, hinsichtlich der deutschen Einfuhr ziemlich größere Zugeständnisse zu machen und ein weiteres Entgegenkommen stellt die Holzausfuhr nach Deutschland dar; aber das sind nur Einzelheiten, die noch technischer Regelung bedürfen. Im übrigen verweisen wir auf die heutigen offiziellen Berichte über den Vorvertrag.

Wir wollen auf den Inhalt dieses vorläufigen Abkommens nicht im einzelnen eingehen, denn es bleibt, wie bei allen Verträgen die Auswirkung abzuwarten, hinzukommt, daß die politischen Fragen gar nicht erwähnt sind. Aber in der Unterzeichnung des Abkommens liegt ein großer Fortschritt, ein offener Weg zur Verständigung, den man bisher nicht hat finden können. Wenn man auf polnische Presseäußerungen zurückgreift und zwar auch auf einen Teil der Regierungspresse, so muß man sagen, daß die Warschauer Regierung noch ziemlich große Schwierigkeiten haben wird, gutes Wetter für das Abkommen im Lande zu erbitten. Denn die Chauvinisten werden fragen, gegen welche politischen Konzessionen man den Vertrag erhalten hat, an dessen Zustandekommen man zunächst nicht geglaubt hat. Hier verweist man immer wieder auf die Reden einzelner deutscher Minister bezüglich des Ostlocarno und will von einer Verständigung nichts wissen, bevor nicht deutscherseits erklärt wird, daß der Versailler Vertrag unantastbar ist. In dieser Frage haben wir eine Verständigung als ausgeschlossen angenommen und können nun mit Befriedigung feststellen, daß man in Berlin vorsichtigerweise den politischen Fragen aus dem Wege ging und im Interesse der deutschen Wirtschaft, lediglich Wirtschaftsfragen behandelte, über die nun eine Verständigung erzielt worden ist. Wird sich der vorläufige Vertrag zur beiderseitigen Zufriedenheit auswirken, dann verschwinden auch eine Reihe politischer Spannungen und der Weg wird frei, zu einer völligen Verständigung. Wir geben uns darin keinen übereilten oder übermäßigen Hoffnungen hin und es wird wohl noch mehrerer Jahre bedürfen, ehe eine völlige Bereinigung der polnisch-deutschen Beziehungen eintreten wird. Schließlich werden auch hier die kommenden Neuwahlen in beiden Ländern das Werk der Verständigung fortsetzen.

In gutunterrichteten Kreisen werden im Zusammenhang mit dem Abschluß des Vertrages Gerüchte laut, die auf verschiedene Wechsel mit politischen Persönlichkeiten rechnen. Aber über diese heute schon zu sprechen, wäre verfrüht, könnte der Sache selbst nur schaden. Aber wie Lewald und Prondzynski abberufen worden sind, so dürften ihnen auch noch andere folgen und zwar nicht nur in den Delegationen selbst. Dies wird aber erst spruchreif, wenn man an den weiteren Komplex von Fragen herantreten wird, die der Abschluß eines Handelsvertrages notwendig macht und bis dahin dürften auch die polnischen Sejmwahlen beendet sein. Vielleicht wird dann auch in Polen ein neuer Wind hinsichtlich der nationalen Minderheiten wehen, die bei den Vertragsabschlüssen mit die Schwierigkeiten hervorrufen, den deutsch-polnischen Beziehungen hinderlich im Weg stehen. Aber darüber soll später noch ausführlich gesprochen werden. Allen, denen es aber an freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland liegt, gilt der Vorvertrag als der erste Schritt zur Verständigung zwischen den beiden Nationen.

Wilna. Zu der neuen Wilnakrise Pilsudskis wissen die Morgenblätter ergänzend aus Warschau zu berichten, daß sich in der Begleitung des Marschalls u. a. Außenminister Zaleski sowie der polnische Gesandte in Moskau, Patek befinde, der auf einer Reise von Moskau nach Warschau in Bialystok den Zug bestiegen habe. In polnischen amtlichen Kreisen werde die Reise Pilsudskis nach Wilna mit einer plötzlichen Erkrankung der Schwester des Marschalls erklärt. Zur Reise Zaleskis werde an der gleichen amtlichen Stelle mitgeteilt, sie stehe im Zusammenhang mit den polnischerseits getroffenen Vorbereitungen für die kommende Völkerbundstagung, wo der Außenminister bei den Verhandlungen über die wegen Verfolgung der litauischen Minderheit im Wilnaer Lande eingebrachten litauischen Klagen den polnischen Standpunkt zu vertreten hätte.

Die Reise steht im Zusammenhang mit den russischen Angriffen auf Polen, die von einem Ueberfall auf Litauen sprechen. Den Beratungen kommt große Bedeutung zu, wenn auch die russischen Verdächtigungen als übertrieben gelten können. Auch Litauen bereitet sich für Genf vor, wie die Koalitionsverhandlungen Woldemaras in Kowno zeigen.

Litauisch-polnische Pressefehde um die Wilnabeschwerde

Kowno. Die Kownoer „Lietuwa" wendet sich in einem Artikel gegen die Stellungnahme des „Kurjer Poranny" zu der litauischen Wilnabeschwerde bei dem Völkerbund. Das polnische Blatt behauptet, die Klage Litauens enthalte kein Material, das der Prüfung durch die vorgeschlagene Dreierkommission wert wäre. Es seien von Polen lediglich Agenten eines kleinen Staates festgenommen worden, der nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Polen unterhalte. Es seien ferner einige Schulen geschlossen worden, die nur Haß gegen den eigenen Staat säten. „Lietuva" schreibt dazu: Nach dem Kongreß in Wilna hätten sich die Litauerverfolgungen im Wilnaer Gebiet in einem neuen Lichte gezeigt. Die Repressalien im Wilnagebiet hätten anscheinend Polenverfolgungen durch die Litauer provozieren sollen. Warschau spreche zwar stets vom Frieden. Wie aber könne sich die Welt ruhig verhalten, wenn ein Mitglied des Völkerbundes jedes Mittel versuche, seinen Nachbarn zu überfallen und zu vernichten?

Stanislaus Przybiszewski gestorben

Berlin. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Posen ist auf dem Gute Jaronki in der Nähe von Hohensalza der bekannte polnische Dichter und Kritiker Stanislav Przybiszewski im Alter von 89 Jahren gestorben. Er wohnte während seiner ersten Wirkungsjahre in Berlin und schrieb in deutscher Sprache.

Das deutsch-polnische Vorabkommen

Die neuen Verhandlungsleiter Dr. Hermes und Dr. Twardowski

Berlin. Ueber das in Berlin abgeschlossene deutsch-polnische Vorabkommen erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Das zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem polnischen Bevollmächtigten Jackowski abgeschlossene Abkommen, ist als eine Art Rahmenabkommen zu bewerten, das den Inhalt der in Berlin geführten Verhandlungen festlegt und von beiden Verhandlungsführern unterzeichnet worden ist. Dieses Abkommen legt die Grundlinien des gesamten Verhandlungskomplexes fest, verzeichnet die beiderseitigen Wünsche und steckt auch in materieller Hinsicht den Rahmen der kommenden Verhandlungen ab, ohne daß bereits Kontingente endgültig fixiert worden wären. Die Verhandlungen von Delegation zu Delegation sollen in kurzer Zeit beginnen. Zunächst werden die beiderseitigen Delegationsführer persönlich Fühlung nehmen und dann dürften in etwa 8—10 Tagen die detaillierten Verhandlungen beginnen. Man hofft, noch im Laufe des Dezember ein vorläufiges Abkommen zu schließen, dessen Hauptzweck es sein soll, die Kampfmaßnahmen abzubauen und die hauptsächlichen Verhandlungsmaterien, wie Kohle und Schweine, ferner auch die bereits im Juni im wesentlichen geregelten Niederlassungs- und Aufenthaltsfragen endgültig festzulegen. Zu Beginn des nächsten Jahres sollen dann die Verhandlungen zum Abschluß eines definitiven Vertrages fortgesetzt werden.

Das gleichzeitig in Berlin abgeschlossene Holzabkommen ist von dem Reichsaußenminister und dem polnischen Bevollmächtigten parafiert worden. Gesandter Rauscher begibt sich noch heute wieder nach Warschau, um noch einige Rechtsfragen mit der Warschauer Regierung über dieses Abkommen zu regeln, dann dürfte das Holzabkommen am Freitag oder Sonnabend in Warschau unterzeichnet werden. Das Kontingent Schnittholz, zu dessen Uebernahme sich Deutschland verpflichtet hat, beträgt etwa das Doppelte der Menge, die ohnehin bisher nach Deutschland hereinkam, 1½ Millionen Doppelzentner.

Die neuen Verhandlungsleiter

Twardowski Führer der polnischen Delegation?

Warschau. Der polnische Minister Dr. Tardowski ist Mittwoch abends aus Wien hier eingetroffen. Wie verlautet, steht seine Reise im Zusammenhang mit seiner voraussichtlichen Ernennung zum Führer der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Berlin. Twardowski war früher in Oesterreich eine Zeit lang Minister für Galizien.

Hermes Führer der deutschen Delegation

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist in der Mittwoch-Kabinettssitzung Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hermes an Stelle von Staatssekretär Lewald zum Führer der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ernannt worden.

Genf und die Danzig-polnischen Beziehungen

Genf. Im Völkerbundssekretariat ist ein Bericht des Danziger Völkerbundskommissars van Hamel eingetroffen, in dem eingehend dargelegt wird, aus welchen Gründen die vom Rat im September gewünschten direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Rechte Polens, im Danziger Anlegehafen nicht stattgefunden haben. Der Bericht teilt mit, daß nach Eingang der Stellungnahmen Danzig und Polen bei van Hamel unter seinem Vorsitz eine Sitzung stattgefunden habe, an der je ein Vertreter Danzigs und Polens sowie der Präsident des Danziger Hafenausschusses teilgenommen haben. Hierbei habe der Danziger Vertreter die grundsätzliche Bereitwilligkeit des Senats zur Weiterführung der Verhandlungen betont, der polnische Vertreter jedoch die Fortsetzung der Verhandlungen abgelehnt, daß er eine mehrwöchentliche Frist zur Prüfung der Danziger Stellungnahme benötige. Infolge dieser Haltung des Vertreters Polens konnten also die vom Völkerbundsrat gewünschten direkten Verhandlungen nicht stattfinden. Es erscheint daher zweifelhaft, ob der Rat im Dezember eine sachliche Beratung dieser auf der Tagesordnung stehenden Frage vornehmen wird. Man hält es in Völkerbundskreisen gegenwärtig für wahrscheinlich, daß der Rat die Angelegenheit dem Marineunterausschuß des ständigen Militärausschusses des Völkerbundes zur Stellungnahme zuleiten wird.

Ein deutsch-polnisches Grenzregelungs-Abkommen

Berlin. Am 22. November hat im Auswärtigen Amt der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Verbesserung und Unterhaltung des Wasserlaufs, der die deutsch-polnische Grenze bildenden Strecke des Drewenzflusses stattgefunden. Das Abkommen tritt am 7. Dezember in Kraft.

Ukrainische Stimme zu Deutschlands Polenpolitik

Die deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen werden von den in Berlin lebenden ukrainischen Kreisen mit kritischer Aufmerksamkeit beobachtet und wenig optimistisch beurteilt. Der Berliner Mitarbeiter des Ost-Asien-Dienstes, nahm daher Gelegenheit, sich mit einem der ältesten und erfahrensten ukrainischen Politiker, dem noch aus der Kriegszeit her bekannten ukrainischen Reiteroberst v. S., über die deutsch-polnische Frage zu unterhalten. Der Oberst, ein trotz seiner grauen Jahre rüstiger und kampflustiger Freund Deutschlands, äußerte sich wie folgt:

„Trotzdem der ukrainische und der deutsche Komplex gegenwärtig noch zwei verhältnismäßig schwache politische Faktoren darstellen, bewegt beider Entwicklungskurve sich doch seit dem gemeinsamen Zusammenbruch von 1918 in aufsteigender Linie. Ihre Perspektiven stehen damit sowohl wirtschaftlich als auch politisch in einem Wechselverhältnis. So läßt sich schon jetzt zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sagen, daß sie, insofern ein Vertrag auch eine politische Entspannung bringen muß, die Position der Ukrainer gegenüber Polen schwächen werden. Denn ein solcher Vertrag käme tatsächlich doch einer Milderung der Spannung um den status quo gleich. Wirtschaftlich dagegen gewinnen durch den Handelsvertrag Deutschland wie der ukrainische Komplex, würde doch ein geregelter erhöhter deutscher Warenabsatz in Polen seine natürlichen Wege auch zu den 7 Millionen Ukrainer in Polen finden, sowie im „stillen“ Transit durch Polen und über Polens Grenzen zur Großukraine. Wollte Polen darüber hinaus großzügig handeln, so würde es die Warennorm aus Deutschland nicht allein unter dem Gesichtspunkt des deutsch-polnischen Verkehrs aufstellen, sondern auch der Möglichkeit, ein gewisses Kontingent im Zwischenhandel nach der Großukraine bringen zu können. Eine solche Entwicklung läge auch bei den gegenwärtigen polnisch-russischen Verhältnissen im Interesse sowohl Polens als auch der Großukraine. Warschau kennt die Zusammenhänge sehr genau, aber es betrachtet sie alle ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des eigenen Gewinns. Bekanntlich sieht Warschau sich als das Ausgangsgebiet für den ukrainischen Ostsee-Export an und ist bestrebt, diesen Export zu monopolisieren und zwischen der Großukraine und Deutschland jedwede politische Tuchfühlung zu verhindern. Im entgegengesetzten Falle, d. h. bei der Mitberechnung seiner Zwischenstellung im loyalen Sinne erhielte Polen nicht nur materielle Gewinne im Zwischenhandel, sondern auch wirtschaftliche Konkurrenzmöglichkeiten gegenüber Moskau, dessen Warenverkehr mit dem Westen über die baltischen Staaten sich einen weiten Vorsprung zu verschaffen weiß. Es ist aber eine noch immer zu wenig gewürdigte Tatsache, daß Rußlands Ein- und Ausfuhr sehr wesentlich auf der Wirtschaftsstärke der Ukraine beruht und daß der kürzere Weg normalerweise der billigere ist.

Aber diese offenkundigen wirtschaftlichen Vorteile Polens, und nicht nur Polens allein, werden von Warschau bestimmt nicht in Betracht gezogen werden. Polen fühlt sich nach seiner inneren Stabilisierung so stark, daß es glaubt, Deutschland seine eigene Initiative aufdrängen zu können. D. h. Polen wird den Ausgleich mit Deutschland als beginnenden Verzicht Deutschlands auf eine Aenderung des status quo ansehen und dies im Interesse seiner Ukrainepolitik ausnutzen. Zwei Geschichtsbeispiele zeigen, wie eine unfertige deutsche Ukrainepolitik die Position der Ukraine selbst gegenüber Polen geschwächt hat, wie man sich ja überhaupt nicht vorstellen kann, daß ein großes Polen bei dem Vorhandensein einer starken Ukraine hätte aufkommen können. Im 16. Jahrhundert mußte die Ukraine sich an Moskau anlehnen, als sie Preußen als Verbündeten gegen Polen verlor. Und 1917—18 wäre ein Sonderfriede der Mittelmächte mit der Ukraine schon einige Monate vor Brest-Litowsk möglich gewesen, wenn Deutschland die politische Emanzipierung der Ukraine rechtzeitig erkannt und freiwillig anerkannt hätte, anstatt sich in Brest erst später gegenüber den Bolschewisten dazu zu entschließen, was die Ukraine als emanzipierte Einheit geschwächt hat.“

Rakowski über Rußlands Außenpolitik

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, sprach gestern auf der 16. Parteikonferenz der Moskauer Partei unerwarteterweise Rakowski zur russischen Außenpolitik. In seinen Ausführungen betonte er, daß die russischen Außenpolitik sich in falschen Bahnen bewege. Seine Ausführungen wurden von der Parteikonferenz stürmisch abgelehnt.

Dr. Jackowski nach Warschau abgereist

Günstiger Eindruck über die Berliner Verhandlungen — Der Abbau des Zollkrieges

Berlin. Der polnische Sondergesandte, Ministerialdirektor Dr. Jackowski, der am Mittwoch abend Berlin verlassen hat, gab kurz vor seiner Abreise einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ die nachstehenden Erklärungen über seine Besprechungen mit Dr. Stresemann:

„Im März dieses Jahres war anläßlich der Völkerbundstagung zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens vereinbart worden, daß man sich über die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen schlüssig werden wolle. Vorher sollte jedoch eine

grundsätzliche Lösung der Hauptschwierigkeiten

durch Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege gefunden werden. Die Hauptschwierigkeiten zeigten sich in den bereits vorangegangenen Delegationsverhandlungen auf dem Gebiete der Niederlassung einerseits, sowie der Einfuhr von Kohlen und Viehzuchtprodukten nach Deutschland anderseits. Die erste Etappe des direkten Meinungsaustausches führte zu einer Klärung der Niederlassungsfrage.

Im Juli dieses Jahres wurden gemeinsame, diese Frage regelnde Grundsätze für den künftigen Handelsvertrag festgelegt. Die zweite Etappe sollte eine ähnliche Klärung in den beiden erwähnten Wirtschaftsfragen zur Folge haben. Ich kam zu dem Zweck nach Berlin, um durch direkten Meinungsaustausch mit Herrn Reichsminister Stresemann die Handelsvertragsverhandlungen in dieser Hinsicht vorzubereiten. Während meiner Unterredungen in Berlin war man beiderseits bestrebt, einen beide Teile zufriedenstellenden Ausgangspunkt

für eine Entspannung der wirtschaftlichen Beziehungen

zu finden, wobei man deutscherseits in der Frage der Vieheinfuhr und Fleischeinfuhr aus Polen der gegenwärtigen schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft Rechnung tragen zu müssen glaubte. Unter Berücksichtigung dieser Umstände kamen wir zu der Ueberzeugung, daß die deutschen Angebote auf diesen Gebieten eine Grundlage für ein vorläufiges Abkommen werden könnten, das einerseits

eine wesentliche Entspannung

in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern herbeiführen, andererseits auf die endgültigen Handelsvertragsverhandlungen günstig einwirken würde. Die Verhandlungen zwischen den beiden Hauptbevollmächtigten zum Abschluß eines solchen modus vivendi sollen demnächst in Warschau beginnen. Gleichzeitig werden wir auch die Verhandlungen für einen endgültigen Handelsvertrag aufnehmen. Eine Einleitung zu der beiderseits erwünschten Entspannung in den wirtschaftlichen Beziehungen bildet das von Herrn Reichsminister Dr. Stresemann und mir paraphierte Holzabkommen, das noch diese Woche in Warschau unterzeichnet werden und am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft treten wird. Es ermöglicht neben der Ausfuhr von Rundholz auch die Schnittholzausfuhr von Polen nach Deutschland, wobei die gegenwärtigen Zollsätze beibehalten werden. Polen hat seinerseits gewisse Kontingente, deutscher Industrieerzeugnisse, die auf Grund der Kampflisten zur Einfuhr verboten sind,

zur Einfuhr nach Polen freigegeben.

Nachdem dieser erste Schritt zum Abbau des Zollkrieges getan worden ist, hege ich die Hoffnung, daß wir in der angedeuteten Richtung fortschreiten und zu einem für beide Länder günstigen Ergebnis gelangen werden.

Während meines Aufenthaltes in Berlin wurde mir in äußerst liebenswürdiger Weise die Gelegenheit geboten,

einen Meinungsaustausch mit führenden Persönlichkeiten des deutschen politischen und wirtschaftlichen Lebens zu führen.

Ich habe dabei mit Genugtuung die Ueberzeugung verstärken können, daß man auch auf deutscher Seite bestrebt ist, eine Regelung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen die die Grundlage zu dem intensiven Warenaustausch zwischen beiden Ländern bilden könnte.

Macdonald über die Revision der Friedensverträge

London. Auf einer internationalen Friedenskundgebung in London sprach Mittwoch Abend Ramsay Macdonald über die Abrüstung. Es genüge nicht, so erklärte Macdonald, vom Frieden zu reden und zu betonen, daß der Krieg eine unsinnige Zerstörung sei. Trotz aller Verluste und aller Lasten des Krieges sei Europa immer noch davon überzeugt, daß der beste Weg zur Friedenssicherung die Vorbereitung auf den Krieg sei und daß die Rüstungen den einzigen Weg zur Sicherung der Staaten darstellten. Die Abrüstung sei gegenwärtig lediglich eine Frage der Budgetverminderung. Er sehe keinen Grund, warum England seinen Widerstand gegen die Unterzeichnung der verbindlichen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtshofes fortsetzen solle, nachdem das Beschreiten anderer Wege vielfache Fehlschläge gebracht habe. Die Ungerechtigkeiten in den Friedensverträgen müßten beseitigt werden, aber die Revision müsse auf dem richtigen Wege erfolgen. Die Friedensverträge könnten nicht für zwei weitere Generationen in Wirksamkeit bleiben, ohne mit Sicherheit zum Ausbruch eines neuen Krieges zu führen.

Der Wortlaut der arbeiterparteilichen Entschließung gegen Baldwins Kabinett

London. Die Friedens- und Abrüstungsdebatte im Unterhaus wird durch eine von Macdonald begründete Entschließung der Arbeiterpartei eingeleitet werden, die folgenden Wortlaut hat:

„Das Haus bedauert die mangelnde Vorbereitung der Regierung für die Genfer Flottenabrüstungskonferenz und den militärischen Charakter der britischen Delegation für diese Konferenz, der in ernstem Maße zu dem Fehlschlag dieser Konferenz beitrug, den langsamen Fortschritt der vom Völkerbund eingesetzten vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz und die Ablehnung der britischen Regierung, die Prinzipien der Schiedsgerichtsbarkeit anzunehmen, sowie ein durch den Völkerbund garantiertes Schema für die internationale Sicherheit vorzulegen.

Die Stellung Dr. Benesch geschwächt?

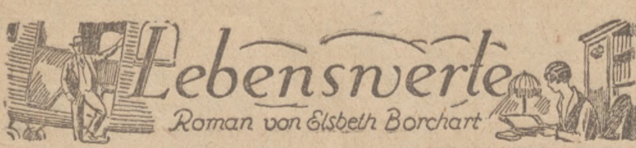
Prag. Wie aus Kreisen der Regierungsparteien verlautet, hat Dr. Benesch den tschechischen Nationalisten gegenüber sich dahin geäußert, daß es ihm unmöglich sein werde, die Sozialversicherungs-Novelle als Minister zu unterschreiben. Durch seinen heftigen Angriff auf den von den tschechischen Nationaldemokraten als künftigen Handelsminister bezeichneten Abgeordneten Matouschek gilt die Stellung Dr. Benesch's bei den bürgerlichen Parteien der Regierungsmehrheit als geschwächt.

Die Lage in China

Berlin. Die chinesische Nachrichtenagentur meldet aus Schanghai: Die Truppen des Generals Feng und die Südarmee stoßen gegen die Stadt Hsutschaufu vor, um sie von Südwesten und Süden her einzuschließen. Es hat den Anschein, als ob die geänderte militärische Lage Japan veranlassen wird, abermals Truppen nach Schantung zu entsenden. General Hotschien ist gestern in Schanghai eingetroffen, um sich an der hier stattfindenden Parteikonferenz zu beteiligen.

Tschangtsolin will Kaiser von China werden

Tokio. Wie die japanische Zeitungskorrespondenten aus Peking berichten, trifft Tschangtsolin Vorbereitungen, sich zum Kaiser von China ausrufen zu lassen. Das Krönungsornat ist bereits in Sutschau, dem traditionellen Herkunftsort feinster Seidenwaren, bestellt worden. Tschangtsolin will China wieder zu seiner Bedeutung als „machtvoll sich ausdehnendes Reich“ verhelfen.



36. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Das klang so überaus harmlos und auch ebenso glaubwürdig, daß Spangenheim an der Wahrheit auch nicht zu zweifeln schien. Nur ein kurzer scharfer Blick musterte das Paar, dann streckte er Hans Werner jovial die Hand entgegen.

„Freue mich außerordentlich, lieber Baron. — Sie kommen mir sozusagen wie gerufen, denn soeben wollte ich per Auto in die Stadt, um etwas Wichtiges mit Ihnen zu besprechen.“

Hans Werner antwortete irgend etwas darauf, automatenhaft, ohne mit seinem Geiste dabei zu sein. Er war zu verstört und erregt. Ediths Wesen, ihre zur Schau getragene und gut gespielte Harmlosigkeit beängstigte ihn. Wie war es möglich, daß sie jetzt so ausgelassen plaudern und lachen konnte, nach dem, was zwischen ihnen vorgefallen war, und warum sollte ihr Vater nichts davon merken? Bei ihm galt noch immer der Wahlspruch „Offen und ehrlich“. Er wäre am liebsten sofort mit seinem Begehr herausgerückt, und es peinigte ihn, vor dem Kommerzienrat ein solches Geheimnis zu haben, es kam ihm unehrenhaft diesem gegenüber vor. Doch der Geliebten flehentliche Bitte hielt ihn zurück.

Es war Hans Werner durchaus nicht wohl zumute, als er mit Spangenheim dessen Privatzimmer betrat. Was wollte der Mann von ihm? Ihn zur Rede stellen, ausforschen, was er mit Edith gehabt hatte? Meinetwegen denn. Dann sollte ihn auch ihre Bitte und ihr Blick nicht zurückhalten, frei und offen hervorzutreten. Er war zu allem entschlossen, um sich sein Kleinod zu erkämpfen.

Nachdem Spangenheim seinem Gaste einen Sitz angeboten und eigenhändig ein Glas Wein eingegossen hatte, ließ er sich in seinen Lehnstuhl fallen und lehnte sich behaglich darin zurück.

„Mein lieber Baron, ich habe etwas Besonderes mit Ihnen vor,“ sagte er, seine kleinen Augen eindringlich auf sein Gegenüber heftend.

Hans Werner sah auf. In seinem Blick lag Spannung und fast fieberhafte Erwartung.

Spangenheim ließ eine kleine Pause eintreten, wie um dem Folgenden einen gewissen Nachdruck und Bedeutung beizulegen.

„Es handelt sich nämlich um eine Auszeichnung, die ich Ihnen zugedacht habe,“ fuhr er fort, und als Hans Werner ihn noch immer stumm fragend ansah, sprach er langsam weiter. „Ich will Ihnen im voraus gestehen, daß ich keinem andern ein so weitgehendes Vertrauen schenken würde, doch ich habe nun einmal — wie soll ich sagen? — einen Narren an Ihnen gefressen — nehmen Sie mir den Ausdruck nicht übel. Sei es nun, daß Ihre Charaktereigenschaften an sich mich dazu bestimmt haben, oder ist es das Interesse an Ihrem Talent und Genie — lieber Baron — ich möchte Ihnen Gelegenheit geben, Ihrer Erfindung und der Erprobung derselben die reichsten Mittel und die reichste Muße zu verschaffen. Ich glaube an das Gelingen, ich vertraue Ihrem Scharfsinn und Ihren Kenntnissen, das, was Sie sich vorgenommen haben, auch bis zum Vollkommensten auszuführen. Deshalb biete ich Ihnen meine Hand dazu.“

„Herr Kommerzienrat — wie soll ich das verstehen?“ rief Hans Werner, von den seltsamsten Gefühlen beherrscht, denn er fand weder für dieses großartige Anerbieten Erklärung, noch wußte er, wo Spangenheim hinauswollte.

Spangenheim räusperte sich:

„Sie wissen, daß ich in Neuyork eine Zweigfabrik besitze — nun gut — ich habe die Absicht — Sie für einige Jahre dorthin zu schicken, als Direktor und oberster Leiter.“

Ein Ueberraschungslaut entfuhr Hans Werner. Sein Gesicht war plötzlich leichenblaß geworden, und durch seinen Körper ging ein Beben.

Spangenheim beobachtete ihn.

„Sie werden dort nicht bloß allein ganz frei und selbständig walten können,“ fuhr er fort, „sondern auch so viel Muße haben, als Sie nur wollen, um Ihr Werk zu fördern, und außerdem werden Sie in der Lage sein, sich jede Art Bequemlichkeit und Luxus zu gestatten. Also — Hand darauf — mein Herr Direktor — schlagen Sie ein.“

Hans Werner verharrte stumm, ohne sich zu rühren.

„Nun?“ fragte Spangenheim — befremdet tuend, „bedarf es wirklich noch einer Ueberlegung zu diesem großartigen Anerbieten?“

Jetzt richtete sich Hans Werner mit einem Ruck auf, und seine Augen blitzten den Mann an, der wie ein Despot vor ihm saß, und in dessen Zügen er die Worte zu lesen glaubte: Ich habe die Macht über dich, und werde sie gebrauchen.

„Warum — wollen Sie mich — entfernen?“ fragte er.

„Entfernen?“ Spangenheims Gesicht zeigte einen äußerst überraschten Ausdruck. „Sie sprechen mir in Rätseln, Herr Baron. Ist das das einzige, was Sie mir auf mein Ihnen entgegengebrachtes Vertrauen zu antworten haben?“

„Verzeihen Sie mir,“ lenkte Hans Werner, sich besinnend, ein „Ihr großmütiges Anerbieten kam mir zu — zu überraschend. Um jedoch darauf einzugehen, müßte ich zuvor eine Bedingung stellen.“

„Sie stellen noch Bedingungen?“

„Allerdings — und von ihr hängt meine Entscheidung ab: Ich werde, wie Sie es wünschen nach Amerika gehen, falls Sie mir — Ihre Tochter Edith mitgeben.“

„Ah!“ rief Spangenheim frappiert. „Sie belieben zu scherzen! Das wäre doch eine etwas sonderbare Bedingung.“

„Durchaus nicht,“ fuhr Hans Werner mutig fort. „Ich liebe Ihr Fräulein Tochter und will sie zu meiner Frau, zur Baronin von Schönau, machen.“

„So,“ sagte Spangenheim langsam, „das wollten Sie tun? Lieber Baron, Sie werden mir glauben, ich persönlich könnte mir auch keinen besseren Schwiegersohn wünschen, indessen — meine Wünsche kommen hier leider nicht in Betracht. Selbst auf die Gefahr hin, Sie ernstlich zu enttäuschen, muß ich Ihnen bekennen — das heißt ganz im Vertrauen — Edith interessiert sich bereits für einen anderen.“

(Fortsetzung folgt.)

Pleß und Umgebung

Geistliche Personalien. Kaplan Kaluza in Königshütte ist zum 1. Dezember als Kaplan nach Pleß versetzt.

Katharinentag. Der 25. November ist dem Gedächtnis der heiligen Katharina geweiht. Katharina entstammte fürstlichem Geschlecht und war mit Schönheit und Gaben des Geistes reich ausgestattet. Kaiser Maximilian warb um ihre Hand, aber sie verschmähte ihn. Darum ließ er sie zum Tode verurteilen und im Jahre 307 hinrichten. Infolge ihrer Beredsamkeit ist Katharina die Schirmherrin der christlichen Philosophie geworden. Auch gilt sie als Schutzheilige der reinen Jungfrauen und der Spinnerinnen. In früheren Zeiten waren am 25. November mancherlei Volksbräuche üblich, die aber nach und nach aufgehört haben. Der Katharinentag ist bezüglich des Wetters prophetisch für den Februar im nächsten Jahre; denn eine alte Bauernregel sagt: Wie's um Katharina, trüb oder rein; so wird's im nächsten Hornung (Februar) sein.

Wichtig für ehemalige englische Kriegsgefangene. Anträge auf Zahlung des in englischer Kriegsgefangenschaft verdienten Arbeitslohnes ehemaliger deutscher Kriegsgefangener sind, auch wenn inzwischen ein Wechsel der Staatsangehörigkeit stattgefunden hat, an die Restverwaltung für Reichsaufgaben, Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 122, zu richten, und zwar können die „Gläubiger" ihre Anträge unmittelbar an diese Stelle schicken. In dem Antrage sind genau anzugeben: 1. Anschrift; 2. Geburtstag und Geburtsort; 3. Letzter deutscher Truppenteil; 4. Ort und Tag der Gefangennahme; 5. Name des Gefangenenlagers; 6. Arbeitsstelle; 7. Bezeichnung der Kompagnie.

Kammerkunst-Abend. Am 21. d. Mts., abends 8 Uhr, fand im Saale bei Rud. Bialas der mehrmals angekündigte bunte Kammerkunstabend statt, veranstaltet von der Gesangkünstlerin Hilde Elgers, dem jugendlichen Klaviervirtuosen Hartmut Wegener und der Berliner Schauspielerin Irmela von Doulong. Die Darbietungen fanden den Beifall der Zuhörer. Leider war aber der Abend nur mäßig besucht.

Skikursus. Wie schon mitgeteilt, soll von der Ortsgruppe Pleß des Beskidenvereins ein Skikursus eingerichtet werden. Wer dafür Interesse und Lust hat, möge sich Freitag, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr, im Hotel Fuchs einfinden, wo alles Nähere besprochen und festgesetzt werden soll.

Cäcilienverein. Am 22. November, abends 8 Uhr, feierte der Verein im „Plesser Hof" den Cäcilientag in Form eines Familienabends, der sehr gut besucht war. Nach gesanglichen Vorträgen und heiteren Vorführungen trat der Tanz in seine Rechte. Das Fest nahm einen alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf.

Gesellenverein. Der Katholische Gesellenverein beschloß, die neuen Satzungen drucken zu lassen und jedem Mitgliede ein Exemplar davon auszuhändigen. — Am 8. Dezember d. J. soll eine Nikolausfeier veranstaltet werden.

Gastwirtsverein. Donnerstag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, hält der Gastwirtsverein für Pleß und Umgegend bei Rud. Bialas eine Sitzung ab.

Ein unangenehmes Zusammentreffen mit einem Hirsch. Als ich im Herbst — es war zurzeit, da die Kastanien reif von den Bäumen fielen — von einer Radfahrt von Tichau nach Pleß zurückkehrte, sah ich schon von weitem auf der Chaussee zwischen der Oberförsterei Zwakow und dem Jagdschloß Promnitz einen kapitalen Hirsch stehen, der friedlich die frischen Kastanien verzehrte. Ei, dachte ich mir, den alten Knaben wirst du einmal gründlich erschrecken. Das Rad lief leise auf der guten Chaussee, und der Hirsch schien mich nicht zu bemerken. Kurz vor ihm trat ich scharf in die Pedale. Plötzlich tritt der Hirsch ein paar Schritte zurück, senkt den Kopf, um mich anzunehmen und mit mir Fangball zu spielen. Ich sause vorbei, aber trab, trab, höre ich es hinter mir herlaufen. Ich trete, was ich kann; aber ein scheuer Blick zurück belehrt mich, daß die Entfernung zwischen dem Hirsch und mir immer kleiner wurde. Der Schweiß rann mir in Strömen vom Gesicht. Da war ich an der Stelle, wo die Bahn ziemlich nahe an die Chaussee herankommt und wo ein Weg zu einem Bahnwärterhäuschen abbiegt. „Hier rein", denke ich mir, „und dort Rettung suchen". Ich biege also rechts ab, sause aber bei der scharfen Wendung vom Rade, der Hirsch über mich weg und mit dem Geweih in einen Baum. Ein kolossaler Krach. Da höre ich auch schon eine Stimme: „Papa, du schnarchst ja so entsetzlich". Alexy.

Wochenmarkt. Der Dienstag-Wochenmarkt war wegen des schlechten und kalten Wetters schwach besucht und ganz unzureichend beschickt. Für Butter wurden 3,50—4,— Zloty gefordert, für ein Ei 30—37 Groschen. Die Zufuhr an Gemüse war quantitativ gering, die Preise bewegten sich in normaler Höhe. Obst war überhaupt nicht zu sehen. Stroh und Heu war nur in kleinen Mengen auf den Markt gebracht. Auch der Ferkelmarkt war schwach.

Altberun. Am 29. und 30. November werden in Altberun Gerichtstage abgehalten. — Mittwoch, den 30. November wird in Altberun ein Pferde und Rindviehmarkt stattfinden.

Ober-Lazisk. Die bisherige Postagentur in Ober-Lazisk wird mit dem 1. Dezember d. Js. aufgehoben und dafür ein Postamt eingerichtet.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Pleß.

Sonntag, 27. November (1. Advent):
6 Uhr: Stille hl. Messe für die Parochianen.
7½ Uhr: Amt mit polnischer Predigt.
9 Uhr: Deutsche Predigt und Amt mit Segen.
10½ Uhr: Polnische Predigt und Amt mit Segen.
2 Uhr: Deutsche Vesperandacht.
3 Uhr: Polnische Vesperandacht.

In der St. Hedwigskirche.

9 Uhr: Predigt und Hochamt für die Seminaristen.

Evangelische Kirchengemeinde Pleß.

Sonntag, 27. November (1. Advent):
8 Uhr: Deutscher Gottesdienst.
9¼ Uhr: Polnische Abendmahlsfeier.
10¼ Uhr: Polnischer Gottesdienst.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Von der Handelskammer

Uebereinstimmend mit der Zentraleinfuhrkommission gibt die Handelskammer in Kattowitz den Kreisimporteuren bekannt, daß die Ableilung für Auslandshandel ab 9. d. Mts. den Ortsimporteuren Benachrichtigungen über die Höhe der Manipulationsgebühren und Einfuhrzertifikaten über Waren, die dem Reglement unterliegen, nur noch durch die Post zukommen läßt. Da Importeure aus verschiedenen Landesteilen, persönlich bei dem Ministerium vorstellig geworden sind, macht der Handelsminister bekannt, daß die Abteilung für Außenhandel sich streng an die Verfügung hält. Eine persönliche Intervention der Interessenten ist auch zwecklos, wenn die Unmöglichkeit der Zuweisung einer Erlaubnis im Ministerium vorliegt.

Eine Entscheidung Calonders

Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Komission für Oberschlesien vom 12. Oktober 1927 in der Sache Nr. 254 des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderheitsrechte, eingetragener Verein, Beschwerdeführer, in Katowice, ulica Mlynska 23 betreffend Nichterrichtung der Minderheitsschule in Gieraltowice.

I.

1. Am 8. September 1926 (act. 2) erhob der Beschwerdeführer im Sinne von Art. 149 ff. der Genfer Konvention Beschwerde beim Polnischen Minderheitsamt in Katowice **wegen Nichterrichtung der Minderheitsschule in Gieraltowice.** Das Minderheitsamt überwies die Beschwerde am 30. September 1926 (act. 1) an den Präsidenten der Gemischten Kommission mit seinen vorläufigen Bemerkungen, die es durch Eingabe vom 6. Dezember 1926 (act. 13) vervollständigte.

Es fand hierauf der in der Verfahrensordnung der Gemischten Kommission vorgesehene Schriftenwechsel statt. In der mündlichen Verhandlung vom 25. Juni 1927 hatten der Vertreter des Minderheitsamtes und der Beschwerdeführer Gelegenheit weitere Ausführungen in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung vorzutragen.

2. **Im November 1925** wurden unbestrittenermaßen für **44 Kinder Anträge im Sinne von Art. 106** der Genfer Konvention auf Errichtung einer Minderheitsschule in Gieraltowice gestellt. Die zuständige Behörde ordnete in der Folge **eine administrative Untersuchung** behufs Einvernahme sämtlicher Antragsteller an. Wie aus dem vom Minderheitenamt eingereichten Protokoll (act. 17) hervorgeht, fanden die Einvernahmen am 23. Juni 1926 in der Gemeindekanzlei in Gieraltowice statt. **Die Erziehungsberechtigten mußten angeben, welches die Muttersprache ihrer Kinder sei, und außerdem mußten sie sich neuerdings darüber erklären,** ob sie ihre Kinder die deutsche oder polnische Schule besuchen lassen wollten. **Auf Grund der Ergebnisse dieser Einvernahmen erklärte** die zuständige Behörde 4 Anträge für gültig und **38 Anträge für ungültig, und zwar mit der Begründung, daß die Kinder nicht zur deutschen Sprachminderheit gehörten** (act. 16). Anträge für 2 Kinder, die anläßlich der Einvernahmen zurückgezogen wurden (act. 17, 1), sind in der Zusammenstellung über gültige und ungültige Anträge (act. 16) nicht berücksichtigt.

Infolge der Ungültigkeitserklärung des größten Teils der Anträge war die in Artikel 106 der Genfer Konvention vorgesehene Mindestzahl von 40 Anträge bei weitem nicht erreicht, und die zuständige Behörde glaubte sich zur Errichtung der Minderheitsschule nicht verpflichtet.

3. Es erhebt sich in erster Linie die Rechtsfrage, ob die Vorladung und Einvernahme der Erziehungsberechtigten, die Anträge auf Errichtung einer Minderheitsschule bei den zuständigen Behörden eingereicht hatten, mit Sinn und Wortlaut der Genfer Konvention vereinbar waren.

Die zuständige Behörde hat in diesem Falle die Einvernahme nicht damit begründet, daß sie die formelle Berechtigung zur Antragstellung (poln. Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zum Schulverband usw.) einer Nachprüfung unterziehen wollte. Es braucht daher nicht näher begründet zu werden, daß eine Untersuchung aus solchen Gründen unzulässig und mit Art. 75 der Genfer Konvention sowie mit der Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission und mit Verordnungen der Wojewodschaft im Widerspruch gewesen wäre. (Siehe Stellungnahme Nr. 257 vom 15. Dezember sub. III.)

Vielmehr sind die Einvernahmen dadurch charakterisiert, daß die Erziehungsberechtigten eine Erklärung über die Muttersprache der Kinder zu Protokoll geben mußten und daß man sie zu einer neuen Erklärung veranlaßte darüber, welche Schule sie für ihre Kinder wünschten. **Die Befragungen mußten von den Erziehungsberechtigten umsomehr als Versuch eines Druckes empfunden werden, den Antrag auf Errichtung einer Minderheitsschule fallen zu lassen, als die Minderheit seit Jahren einen fortwährenden Kampf mit den Behörden auf dem Gebiete der Minderheitsschule führt. Nach Art. 131 Abs. 2 ist den Behörden jede auch noch so geringe Einwirkung, welche die Zurücknahme des Antrages im Sinne von Art. 106 bezweckt, untersagt; die Verletzung dieses Artikels durch die zuständigen Behörden ist evident** (Siehe Stellungnahme Nr. 257 vom 15. Dezember 1926, sub. III), und sie erleidet keine Abschwächung dadurch, daß im konkreten Fall die Erziehungsberechtigten mit einer Ausnahme die Anträge aufrecht erhielten. Uebrigens kommt auch der Zurückziehung der Anträge bezüglich 2 Kinder keine rechtliche Wirkung zu, da sie erst im Juni 1926 erfolgte. Bei Berechnung der Anzahl der eingereichten Anträge durften nur die bis zum 30. November 1925 zurückgezogenen Anträge berücksichtigt werden. (Rundschreiben des Wojewoden vom 1. September 1923.)

4. Sodann stellt sich die Frage, **ob die im Sinne von Art. 106 der Genfer Konvention eingereichten Anträge für ungültig erklärt werden konnten, weil die Erziehungsberechtigten anläßlich ihrer Einvernahme erklärt haben, daß die Muttersprache ihrer Kinder die polnische sei; die Frage ist gestützt auf Art. 74 und 131 der Genfer Konvention und in Bestätigung der ständigen Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission zu verneinen.**

Vor allem ist auf die ausführlichen Darlegungen sub. IV./2 in der Stellungnahme Nr. 257 vom 15. Dezember 1926 betr. Zurückweisung der für das Schuljahr 1926/27 zu den Minderheitsschulen angemeldeten Kinder zu verweisen. In teilweiser Wiederholung des dort Ausgeführten sei hier noch besonders betont:

Art. 74 regelt die Frage, wie die Scheidelinie zu ziehen ist zwischen der Minderheits- und der Mehrheitsbevölkerung und hat daher den Grundsatz aufgestellt, daß für die Frage, ob eine Person als Minderheits- oder Mehrheitsangehöriger zu betrachten sei, einzig der subjektive Wille des betr. Individuums maßgebend ist.

In enger Beziehung mit dem Art. 74 steht der Art. 131 Abs. 1 der Genfer Konvention. In Ansehung der großen Schwierigkeiten, welche sich aus der außerordentlich starken kulturellen und sprachlichen Mischung der oberschlesischen Bevölkerung ergeben, **hat die Genfer Konvention auch auf dem Gebiete des Schulwesens das Prinzip der freien Selbstbestimmung aufgestellt. Ueberall, wo die Erziehungsberechtigten Schulfragen zu entscheiden haben** — und das sind vornehmlich die beiden Fragen, **ob in einer Gemeinde eine Minderheitsschule** zu errichten sei (Anträge gemäß Art. 106 der Genfer Konvention) **und ob ein Kind die Minderheitsschule besuchen soll** („Anmeldungen") —, **entscheidet die subjektive Willenserklärung des Erziehungsberechtigten.** So wie jeder Staatsbürger frei bestimmen kann, ob er der Mehrheit oder der Minderheit angehören wolle, **ebenso hat auf Grund des Art. 131 jeder Erziehungsberechtigte das Recht, subjektiv zu bestimmen, daß hinsichtlich der Schulerziehung die Sprache seiner Kinder die Minderheitssprache sein soll, bezw. daß seine Kinder der sprachlichen Minderheit angehören. Es** besteht kein Gegensatz zwischen dem Art. 131 und dem Art. 106. Vielmehr gilt auch für die Anträge gemäß Art. 106 wie für die bloßen Anmeldungen der **allgemeine in Art. 131 statuierte Grundsatz der subjektiven Erklärung und freien Selbstbestimmung.** Weder beim Erziehungsberechtigten noch beim Kinde kommt es auf bestimmte objektive Verhältnisse, wie Abstammung oder Muttersprache an, **sondern die Entscheidung muß ausschließlich nach Maßgabe der subjektiven Erklärung des Erziehungsberechtigten getroffen werden.**

Uebrigens haben die Schulbehörden in Uebereinstimmung mit der Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission den Art. 131 bis im Jahre 1926 im Sinne von Schulsprache ausgelegt. Die Behörden hatten zwar anfänglich ebenfalls die Schulsprache des Art. 131 mit der Muttersprache identifiziert und von den Erziehungsberechtigten, die die Errichtung von Minderheitsschulen beantragten, eine Erklärung über die Muttersprache verlangt. Aufmerksam gemacht durch den Präsidenten der Gemischten Kommission, hat dann der Wojewode in Anerkennung dieses Irrtums durch seine Verordnung vom 29. Dezember 1922 (Dz. U. Sl. Nr. 3 vom 19. Januar 1923) und durch seine Verordnung vom 26. Juni 1924 (Dz. U. Sl. Nr. 17 vom 9. Juli 1924) ausdrücklich angeordnet, daß in den Anträgen zukünftig der Passus mit der Erklärung über die Muttersprache der Kinder wegfallen solle. Dieser Standpunkt, wonach es nicht auf die Muttersprache ankommt, sondern einzig auf die Schulsprache der Kinder wegfallen solle. Dieser Standpunkt, wonach es nicht auf die Muttersprache ankommt, sondern einzig auf die Schulsprache, die der Erziehungsberechtigte verlangt, wurde von der zuständigen Behörde auch in Verbindung mit der Stellungnahme 11 vom 3. Januar 1924 in Sachen Jung und Genossen anerkannt und gemäß Konferenzprotokoll vom 18. April 1924 ausdrücklich gutgeheißen.

In concreto haben somit die Erziehungsberechtigten die Entschließung bezüglich Schulsprache durch die Unterzeichnung und Einreichung der auf Eröffnung einer Minderheitsschule gerichteten Anträge klar zum Ausdruck gebracht.

* * *

Aus diesen Gründen sind die für 44 Kinder eingereichten Anträge im Sinne von Art. 106 der Genfer Konvention als gültig anzusehen und es ist die Minderheitsschule in Gieraltowice unverzüglich zu errichten.

II.

Was den Antrag auf Errichtung einer Schulkommission anbetrifft, so ist er, sofern Kinder für die Minderheitsschule angemeldet werden, gestützt auf Art. 11 der Genfer Konvention, als ohne weiteres begründet anzusehen.

III.

Was die Lehrkräfte der zu eröffnenden Minderheitsschule anbetrifft, so genügt es, auf Artikel 113 den Genfer Konvention zu verweisen.

IV.

Nach stattgehabter Beratung im Schoße der Gemischten Kommission, gelangt der Präsident der Gemischten Kommission, gestützt auf die vorstehenden Erwägungen, zur

Stellungnahme:

1. Die Minderheitsschule in Gieraltowice ist unverzüglich zu errichten.

2. Es sind Anmeldungstermine von angemessener Dauer durch öffentliche Bekanntmachungen in beiden Sprachen anzusetzen. Diese Anmeldungstermine sind dem Präsidenten der Gemischten Kommission bekannt zu geben.

Diejenigen Kinder, die für diese Minderheitsschule angemeldet werden, sind von Amts wegen in diese Schule überzuführen.

Sozialkommission des Schlesischen Sejms

Die Sozialkommission des Schlesischen Sejms befaßte sich in ihrer Sitzung vom Dienstag mit dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bezüge der Invaliden, Sozialrentner und Witwen. Die Bezüge der Altersversicherung sollen vom 60. Lebensjahre ab gezahlt werden. Dazu werden zwei Sitzungen mit den Vertretern der Versicherten in Königshütte nötig sein, die am Dienstag und Freitag nächster Woche stattfinden.

Sperre des Salzversandes aus Wieliczka

Das Finanzministerium in Warschau, Abteilung für Salz, macht bekannt, daß die Versendung von Speisesalz aus der Saline Wieliczka für einen Monat gesperrt ist. Während dieses Monats wird die Versorgung mit Salz aus Salinen Ostgaliziens erfolgen. Der Preis für das ostgalizische Salz stellt sich pro Sack 1 Zloty höher als bisher.

Visierung von Ursprungszeugnissen

Das Deutsche Generalkonsulat Kattowitz teilt mit:

Ab Montag, den 28. November 1927 sind die Sprechstunden für Visierung von Ursprungszeugnissen auf Montag und Donnerstag, vorm. 10—1 Uhr, festgelegt. An den übrigen Tagen findet eine Visierung von Ursprungszeugnissen nicht statt. — Unterstützungen werden vom gleichen Tage an nunmehr Dienstags und Freitags von 10—1 Uhr ausgezahlt. In allen übrigen Angelegenheiten ist das Generalkonsulat wie bisher täglich von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Grubenunglück auf „Redensblick"

Wie man erst jetzt erfährt, ereignete sich vor kurzem auf der Redensblickgrube bei Hohenlinde ein schweres Unglück, welches drei Bergknappen das Leben kostete. Am fraglichen Tage stürzte auf einer Sohle in 280 Meter Tiefe eine Kohlenwand ein, welche die Häuer Karl Franik aus Groß-Piekar sowie Konstantin Gawlik und Josef Kuczak aus Hohenlinde unter sich begrub. Zwar setzte die Rettungsaktion sofort ein, aber sie wurde außerordentlich erschwert, da sich fortwährend Einstürze zeigten und außerdem eine Vergasung zu überwinden war. Nach mehrstündiger Arbeit wurden alle drei verschütteten Knappen als Leichen geborgen und in das Knappschaftslazarett nach Königshütte überführt.

Börsenkurse vom 24. 11. 1927			
(11 Uhr vorm. unverbindlich)			
Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 92 zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.— zł
	1 Dollar	=	8.92 zł
	100 zł	=	47.— Rmk.

Konferenz der Knappschaftsältesten

Am Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr, findet in der „Strzecha Gornicza“ in Kattowitz eine Konferenz der Knappschaftsältesten statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Wieviel Deutsche leben in Polen?

Eine genaue Statistik über die Zahl der Deutschen in Polen ist nicht vorhanden, weil die letzte Volkszählung vom 30. Juni 1921 das polnisch-oberschlesische Gebiet nicht umfaßte, und gerade hier leben viele Deutsche. Auch die letzte Statistik von 1921 in den westlichen Gebieten, wie Posen und Pommerellen, hat seit der genannten Zeit eine Veränderung erfahren, weil ein Teil der dortigen Deutschen ausgewandert ist.

Nach einer deutschen Quelle leben in Pommerellen 110 000 und in Posen 220 000 Deutsche, insgesamt also in den beiden Provinzen 330 000 Deutsche.

In Teschen-Schlesien liegen genaue statistische Zahlen vor. Hier wurden im Jahre 1921 29 000 Deutsche gezählt die bis heute eher eine Vermehrung, als eine Verminderung erfahren haben dürften. Die Zahl der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien festzustellen, ist keine einfache Sache nicht. Es liegen Zahlen von der letzten Volkszählung im Jahre 1910 vor die aber für unser Gebiet nicht mehr verläßlich sind. Damals zählte das heutige Polnisch-Schlesische Gebiet 892 000 Einwohner in welchem 265 000 Deutsche lebten. Nun ist seit dieser Zeit eine gewaltige Veränderung vor sich gegangen. Die Einwohnerzahl in Poln.-Oberschl. ist um annähernd 100 000 Seelen gestiegen. Auch vor und nach der Uebernahme Poln.-Oberschl. durch Polen große Veränderungen vor sich gegangen. Die deutschen Staatsbeamten, die Intellektuellen, viele Handwerker und Kaufleute haben Poln.-Oberschl. verlassen und sind nach Deutschland ausgewandert. Dafür kamen viele Polen, meistens aus Galizien nach Oberschlesien herein. Wir sind also auf Vermutungen angewiesen. Von deutscher Seite schätzt man die Zahl der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien auf 300 000, während von polnischer Seite nur 229 000 Deutsche geschätzt werden. Von polnischer Seite wird besonders darauf hingewiesen, daß nach der Uebernahme tausende von Oberschlesier sich polonisiert haben weshalb die Zahl der Deutschen geringer geworden ist. Ferner weist man auf die Schulstatistik hin, die zuungunsten der Deutschen spricht. Das Einfachste wäre hier die Volkszählung durchzuführen, die ein klares Bild über die nationale Zugehörigkeit geben würde. Es wird also auf Grund der Schulstatistik behauptet, daß in der ganzen Wojewodschaft Schlesien einschließlich Bielitz und Teschen 257 000 Deutsche leben, die 20 Prozent der Gesamtbevölkerung der Wojewodschaft ausmachen. In Bielitz werden 65 Prozent Deutsche angegeben, in Kattowitz nur 45 Prozent. Tatsächlich sind die Deutschen in Kattowitz mehr als 60 Prozent stark. Nach der polnischen Aufstellung beträgt die deutsche Bevölkerung in der schlesischen Wojewodschaft 20 Prozent, in Posen 9,6 Prozent, in Pommerellen 9,37 Prozent, in der Lodzer Wojewodschaft 5,6 Prozent, in Warschau 3 Prozent, in Wolhynien 2 Prozent, in Stanislau 1 Prozent und in den übrigen Wojewodschaften weniger als 1 Prozent. Wenn wir die Gesamtzahl der Deutschen in Polen mit 1 Million angeben, so dürfte das nicht zu hoch gegriffen sein.

Kattowitz und Umgebung.

Todessturz eines Klempnerlehrlings. Der 16 Jahre alte Klempnerlehrling Josef Kandzia war mit Ausbesserungsarbeiten am Dache des Hauses ul. Stawowa 20 beschäftigt. Dabei stürzte er ab und war auf der Stelle tot. Die Untersuchung über diesen Vorfall ist sofort von der Polizei eingeleitet worden.

Ein Todesurteil wegen Mord

Das eigene Kind getötet — Versuchter Mordanschlag gegen die Geliebte — Ob Vorbedacht oder Affekt — Überwiesener Vorbedacht — Zum Tode verurteilt

In Katowice wurde am vergangenen Dienstag ein Todesurteil gefällt, das erste in Polnisch-Oberschlesien. Ein Gerichtshof der Strafkammer, unter Vorsitz des Gerichtsdirektors Zdankiewicz, hatte über eine Mordangelegenheit zu verhandeln. Als Angeklagter stand vor Gericht der 24jährige Bergarbeiter Emil Wenger aus Bielszowice. Dieser junge Mann unterhielt ein Verhältnis mit einer um 6 Jahre älteren Witwe Thekla Gulys, aus Dolne Piekary, welchem ein Kind entsproß. Das uneheliche Verhältnis sollte nach der Geburt des Kindes, laut Versprechen des Angeklagten, in eine rechtliche Ehe übergehen. Der Mann zögerte aber und als die Frau auf die Abschließung der Ehe drängte, sann er, sich dieser ihm lästig erscheinenden Angelegenheit zu entledigen. Unter dem Vorwand, eine Kirmeß in Nowa Wies zu besuchen, bewog er am 14. August v. J. seine Geliebte, mit ihm dorthin eine Fußreise zu unternehmen, und empfahl ihr, auch das Kind mitzunehmen. Auf dem Wege dorthin aber gab er seiner Geliebten vor, einen Abstecher nach Borowa Wies zu machen, um seine dort angeblich wohnende Schwester zu besuchen. Der Weg nach Borowa Wies führte durch Wald und Feld. Unweit Halemba ließen sich beide am Ufer des Baches Klodnicz nieder, um zu rasten. Von den Anstrengungen des Weges ermüdet und da sie unterwegs keine Nahrung zu sich genommen haben, verfiel die Frau in einen Schlaf, während dessen der Angeklagte ihr von dem Finger den Trauring aus der ersten Ehe zu ziehen versuchte. Als sie darob erwachte, entspann sich zwischen beiden ein Wortwechsel, während dessen der Angeklagte seiner Geliebten mit einem unterwegs geschnitzten dicken Holzknüppel einen schweren Schlag auf den Hinterkopf versetzte. Als die Frau nach diesem Schlag in Ohnmacht verfiel, riß er ihr das Kind von der Brust und warf es das steile Ufer hinab in den Bach. Das Kind fand den Ertrinkungstod. Darauf versetzte er seiner Geliebten noch einen zweiten Schlag mit dem Stock und warf auch sie in den Bach hinunter. Vom kalten Wasser gewann aber die Frau das Bewußtsein wieder, rackerte sich zum gegenüberliegenden Ufer hinüber und ergriff die Flucht. Von diesseits des Baches warf ihr der Mann noch schwere Steine nach, die sie verletzten. Es gelang ihr doch, das Weite zu finden und entkam mit dem Leben.

In der gestrigen Verhandlung versuchte der Angeklagte jede Tötungsabsicht zu leugnen. Er behauptete, daß zwischen ihm und seiner Geliebten auf dem Wege nach Borowa Wies ein Streit entstanden ist über eine angebliche Beziehung seiner Geliebten zu einem zweiten Manne, der ihn derart erbitterte, daß er in höchster Aufregung, ohne zu wissen, was er tue, den Anschlag auf das Kind und seine Geliebte verübte. Schließlich hob der Angeklagte hervor, daß er Präses des Aufständischenverbandes sei, anscheinend in der Annahme, daß sich dieser Umstand bei der Urteilsfestsetzung mildernd auswirken könnte.

Ganz entgegengesetzt stellte den Vorfall seine Geliebte dar, die in herzzerbrechender Weise, so daß sich der gesamten Zuhörerschaft und auch des Gerichtshofes eine tiefe Rührung bemächtigte, den Tod ihres Kindes schilderte. Es habe überhaupt keinen Streit zwischen ihnen gegeben. Allerdings war das Zusammenleben zwischen ihnen ein sehr trauriges, da sich der Mann ihres Kindes jeder Verpflichtung ihr und dem Kinde gegenüber entschlug und wochen- und monatelang nichts von sich hören ließ. Der Anschlag sei in vollkommen überdachter Weise und mit kaltem Blute verübt worden. — Andere Zeugen, darunter Angehörige der Polizei, die mit der Untersuchung nach dem Mordanschlag beschäftigt waren, sagten ebenfalls belastend für den Angeklagten aus. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Zeugen, die über das Vorleben des Angeklagten, der nicht einmal vorbestraft ist, befragt waren, ihm das beste Zeugnis ausstellten, ihn als einen stets geruhsamen Mann von unzerstörbarem Gleichgewicht des Gemütes schilderten, was eben für die Beurteilung seines Gemütszustandes während der Mordtat von nicht unwesentlicher Bedeutung war, weil das auf sein kaltes Blut schließen ließ.

Nach den durchgeführten Beweisverfahren plädierte der Staatsanwalt für Anrechnung des Verbrechens als versuchten Mord in idealem Zusammenhange mit verübtem Mord und beantragte die einzig für ein solches Verbrechen festgesetzte Todesstrafe. Der Gerichtshof erkannte auch auf diese Strafe, die der Angeklagte mit vollkommener Gelassenheit und Gleichgültigkeit entgegennahm.

Tragödie eines alten Mannes. Der 50 Jahre alte, in Zalenze wohnhafte Julius Witkowski beging am Montag in seiner Wohnung Selbstmord durch Erhängen. Witkowski stand vollständig allein, war längere Zeit bereits arbeitslos und verfügte über keine Existenzmittel mehr, so daß er aus Nahrungssorgen zu der Tat griff. Die Leiche des alten Mannes wurde nach dem Kattowitzer städt. Krankenhause geschafft.

Teschen und Umgebung.

Kirchweihe. Die evangelische Gemeinde in Tschechisch-Teschen begeht am 27. November l. Js. die Einweihung der neuerbauten Kirche. Den Auftakt zu diesem Feste bildet der Begrüßungsabend am Samstag um 7 Uhr in der städtischen Schießstätte. Die Einweihungsfeier am Festtage selbst beginnt um halb 9 Uhr vormittags, die im Festmahl um 1 Uhr ihren Ausklang findet. Zu dieser Feier nun sind alle Glaubensgenossen der hiesigen evangelischen Gemeinde herzlich eingeladen worden, und wird für diese Teilnehmer die Grenzübertrittserlaubnis eingeholt werden, sofern sie sich bei ihren zuständigen evang. Pfarrämtern anmelden. Der Termin zu dieser Anmeldung läuft bis Montag, den 21. November 12 Uhr mittags. Mögen recht viele unserer Glaubensgenossen ihrer Mitfreude an diesem Feste durch zahlreichen Besuch Ausdruck geben!

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp.
Katowice, Kościuszki 29.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 25. November 1927. 16.30—18: Walzernachmittag. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.50 —19.20: Hans Bredow-Schule, Abt. Erdkunde. — 19.20—19.50: Die Uebersicht, Berichte über Kunst und Literatur. — 20: Bläserkammermusik. — 21: Heitere Stunde. — Anschließend: Die Abendberichte und Zehn Minuten Esperanto. — Hierauf Schallplattenkonzert.

Sonnabend, den 26. November 1927: 15.45—16.30: Neue Musikbücher. — 16.30—17.30: Unterhaltungskonzert. — 17.30: Walther Schimmel-Falkenau: „Die Filme der Woche“. — 17.50: Stunde mit Büchern. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Uebertragung aus Gleiwitz: August Scholtis. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 20.15—20.30: Uebertragung aus dem großen Konzerthaussaal: 3. Schlesisches Funkfest. — Tanzmusik der Funkkapelle.





